

**Europäische Wirtschaftswissenschaftler für eine andere Wirtschaftspolitik in Europa  
– EuroMemo Gruppe –**

***Europa spaltet sich.  
Die Notwendigkeit für radikale Alternativen zur  
gegenwärtigen EU-Politik***

– EuroMemorandum 2014 –

## **Zusammenfassung**

### **Einführung**

Die Europäische Union (EU) beginnt sich von der Rezession zu erholen, doch in Teilen Europas herrschen depressionsähnliche Zustände. Die Arbeitslosigkeit in den peripheren Ländern der Eurozone ist sehr hoch und es sieht nicht danach aus, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in naher Zukunft verbessern wird. Die harten Sparmaßnahmen führten zu einer starken sozialen Polarisierung und einer industriellen Umstrukturierung in Europa: die wirtschaftliche Position von Deutschland und den Staaten im Norden Europas hat sich verbessert, während Produktionskapazitäten in Südeuropa abgebaut werden. Im Laufe der Krise verschob sich auch die Einkommensverteilung. Die Reallöhne sind in den meisten Ländern außerhalb der Eurozone, genauso wie in der Peripherie der Eurozone und in vielen Ländern Osteuropas gesunken. Gleichzeitig hat sich das hierarchische Machtgefüge zwischen den Mitgliedstaaten durch die gestärkte Position Deutschlands und einiger anderer Länder im Norden Europas weiter zugespitzt. Den geschwächten südlichen Ländern Europas werden weite Bereiche ihrer Wirtschaftspolitik schlicht von Brüssel vorgegeben. Das Vorgehen der EU-Kommission ist weiterhin von einem schweren Demokratiedefizit und einem Mangel an Transparenz gekennzeichnet. Wesentliche Entscheidungen werden in geschlossenen Sitzungen beschlossen, über die weder den nationalen Parlamenten noch dem Europäischen Parlament gegenüber Rechenschaft abgelegt werden muss; dafür üben einflussreiche Lobbyisten starken Einfluss auf die Entscheidungen aus. In mehreren Ländern haben Parteien vom rechten Flügel – in einigen Ländern sogar Neofaschisten – Kapital schlagen können aus der weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der EU und den strengen Sparvorgaben aus Brüssel.

### **1. Finanz- und Geldpolitik**

Der wirtschaftliche Abwärtstrend scheint aufgehalten, doch ist die Wirtschaftsleistung der EU nach wie vor unter dem Niveau von 2008; zudem befindet sich Europa in einem stark polarisierenden Umfeld aus hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhnen. Die akute Finanzkrise ist zwar eingedämmt, doch bleibt das Finanzsystem höchst fragil. Die Banken verringerten 2013 die Kreditvergabe. Die hoch restriktive Finanzpolitik, die den Mitgliedstaaten auferlegt wurde, erschwert es vielen Ländern noch zusätzlich, die strengen Defizitziele zu erfüllen. Während die Europäische Zentralbank (EZB) die Banken mit einer Billion € im Rahmen von auflagefreien Krediten mit einer Laufzeit von drei Jahren rekapitalisierte, bleibt ihr die direkte Kreditvergabe an Staaten weiterhin verboten. Durch das starre Festhalten der EU-Verantwortlichen an neoklassischen Prinzipien wird das volle Gewicht der Anpassungen die Löhne und Gehälter treffen. Mit sinkenden Reallöhnen in einigen Ländern sind deflationäre Kräfte auf dem Vormarsch, die bereits in Europa spürbar sind. Die Politik sollte daher ihr Augenmerk nicht so sehr auf strikte Sparmaßnahmen, sondern viel mehr auf die Förderung von Beschäftigung in sozial und ökologisch sinnvollen Bereichen legen. Die Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben sollten aufgrund ihrer regressiven Auswirkungen beendet und stattdessen die Bereitstellung von Ausbildungs- und Gesundheitsleistungen verstärkt werden. Die höheren Ausgaben sollten dadurch gegenfinanziert werden, dass die Steuersenkungen der letzten 20 Jahre rückgängig ge-

macht werden. Überdies sollten die EU-Haushaltsmittel auf 5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU erhöht werden, um mit einer vernünftigen Politik auf Wirtschaft und Beschäftigung einwirken zu können. Die Finanzierung der Staatsdefizite sollte durch die Ausgabe von Eurobonds vergemeinschaftet werden, so dass Spekulanten nicht gegen wirtschaftlich geschwächte Länder vorgehen können. Die gegenwärtige Schuldenlast ist bereits in mehreren Mitgliedsstaaten untragbar geworden und wird nicht vollständig zurückgezahlt werden können. Eine Schuldenprüfung müsste daher festlegen, welche Schulden berechtigt sind und welche erlassen werden können. Der Abwärtsdruck auf die Löhne und Gehälter sollte ersetzt werden durch eine Politik, die flächendeckend den Abschluss von Tarifverträgen fördert. Angemessene Lohnerhöhungsrunden können dazu beitragen, dass die schwache Binnennachfrage in Europa überwunden und soziale Gerechtigkeit gefördert wird. Um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, aber auch um eine Entwicklung anzustoßen, wo das Leben nicht ausschließlich von Erwerbsarbeit beherrscht wird, sollte anfänglich eine Wochenarbeitszeit von ca. 30 Stunden ohne Lohnabstriche angestrebt werden.

## **2. Finanzpolitik und Banken**

Fünf Jahre nach der Insolvenz von Lehman Brothers, hält die Finanzkrise die EU nach wie vor in Atem. Das Bankensystem ist fragil trotz der gewaltigen Summen an Liquidität, die die EZB zur Verfügung gestellt hat. Die europäischen Banken sind weiterhin unterkapitalisiert. Die Lage des Bankensektors ist in einigen Ländern, vor allem in Spanien sehr kritisch. Mitte 2012 wurde die Bankenunion von der Kommission vorgeschlagen, als neues europäisches Projekt zur Lösung der Krise. Trotz der ambitionierten Ziele wird mit der EU-Bankenunion das vorherrschende Paradigma im Bankensystem nicht verändert. Die vom Liikanen Bericht zur Struktur des Bankenberichts vorgeschlagenen Reformen verstärken die Rolle der Universalbanken innerhalb der EU, anstatt eine klare Trennung zwischen Privatkundenbanken und Investmentbanken durchzusetzen. Die Reformen werfen auch Fragen zu Demokratie und politischem Handeln in der EU auf: so ist vorgesehen, die Rolle der EZB zu stärken, die dann als einzige Stelle für die Bankenaufsicht verantwortlich wäre. Und dies, obwohl die EZB aufgrund ihrer Verweigerung, die Staaten direkt über den Primärmarkt für Staatsanleihen mit Krediten zu versorgen, einen Teil der Verantwortung für das Ausmaß der Staatsschuldenkrise im Euroraum trägt. Das ohnehin schon langsame Tempo bei der Umsetzung und die Schwachstellen der Finanzreformen wurden zusätzlich reduziert durch den starken Einfluss der Finanzlobby, die es vermochte, wirksame Beschränkungen des Bankenwesens zu verhindern. Die europäischen Behörden sollten sich zum Ziel machen, die Macht der Finanzwirtschaft auf die Wirtschaft zu verringern. Spekulationen an den Finanzmärkten sollten verboten werden. Privatkundenbanken haben nichts auf den Finanzmärkten zu suchen und sollten sich auf ihr Kerngeschäft konzentrieren: Kreditvergabe an die Realwirtschaft. Die Richtlinie zur Finanztransaktionssteuer, die von der Kommission vorgeschlagen wurde, muss zügig umgesetzt werden. Die EZB muss einer demokratischen Kontrolle unterzogen und sozialen und ökologischen Zielen muss Priorität eingeräumt werden.

## **3. Politisches Handeln in der EU**

Mit dem Europäischen Fiskalpakt ('Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion') und den TwoPack-Verordnungen ist die Wirtschaftspolitik der Mitgliedsstaaten in der Eurozone einer zentralen Kontrolle unterworfen. Obwohl die Befugnisse der nationalen Parlamente in der Wirtschaftspolitik grundlegend beschränkt wurden, sind die Befugnisse des Europäischen Parlaments andererseits nicht gestärkt worden. Die Vervielfachung starrer arithmetischer Obergrenzen zu Staatsausgaben und zur staatlichen Kreditaufnahme wird sich zukünftig höchstwahrscheinlich als genauso wenig sinnvoll wie in der Vergangenheit erweisen. Diese vereinfachten Regeln sind Ausdruck eines Misstrauens in die Demokratie und einer Überbewertung der Fähigkeit von Marktprozessen, die Wirtschaft zu stabilisieren. Das Mantra der Wettbewerbsfähigkeit, das dazu dient, die restriktiven Konzepte in der Wirtschaftspolitik sowie den enormen Druck auf die schwächeren Mitgliedsstaaten zu rechtfertigen, wird auch verwendet, um die demokratische Kontrolle der Wirtschaft zu begrenzen. Die rechtlichen Einschnitte durch die gegenwärtige Wirtschafts-

politik sind mittlerweile so gravierend, dass eine alternative Politik die neuen Governance-Maßnahmen beseitigen oder sie anderen Prioritäten, so etwa Beschäftigung, ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit unterordnen muss.

#### **4. Steuerwesen in der EU**

Die wirtschaftliche und politische Bedeutung eines einheitlichen Steuerwesens wird, seitdem die europäische Krise den Mitgliedsstaaten immer mehr finanzielle Gestaltungsräume genommen hat und immer weiter in das Leben ihrer Bürger eingedrungen ist, stärker wahrgenommen und anerkannt. Globale und regionale Interessensgruppen, die sich mit den Fragen der Gerechtigkeit im Steuersystem und der Fiskalpolitik befassen, finden in den europäischen Zivilgesellschaften immer mehr Gehör. Ausgelöst wurde diese Entwicklung von der im großen Stile von Unternehmen und den Reichen betriebenen Steuervermeidung. In Antwort auf die wachsende Empörung der europäischen Bürger über die organisierte Steuervermeidung und den Verlust an Steuereinnahmen infolge der Rezession, wollen die europäischen Regierungen rigorosere gegen Steuervermeidung und 'unfairen Steuerwettbewerb' vorgehen. Die Europäische Kommission hat mit Unterstützung des Europäischen Parlaments eine Reihe von Steuerreformen auf den Weg gebracht, die die Transparenz bei grenzüberschreitenden Steuerangelegenheiten verbessern sollen. Zu den Reformen gehört der Informationsaustausch mit Blick auf die Richtlinie über die Besteuerung von Zinserträgen, die Schaffung einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage und eine Finanztransaktionssteuer für den Euroraum. Obgleich diese Initiativen angesichts des unübersichtlichen Terrains der unterschiedlichen europäischen Steuersysteme sehr zu begrüßen sind, wird dies nicht ausreichen, um der Beggart-Neighbour-Politik, die auch in der gegenwärtigen Krise andauert, einen Riegel vorzuschieben; auch sind diese Initiativen nicht geeignet, den zunehmenden Einkommensunterschieden und der Armut in Europa zu begegnen. Nur durch eine umfassende Harmonisierung der direkten Besteuerungssätze auf Grundlage eines progressiven Steuersystems in allen EU-Mitgliedsstaaten, die Beseitigung von Pauschalsteuersätzen in Mittel- und Osteuropa sowie die Einführung einer europaweiten Konvergenz von Steuerquoten wird eine Kultur der sozialen Solidarität in Europa fortbestehen können.

#### **5. Beschäftigung und Sozialpolitik**

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hatte für viele Menschen in Europa sehr rückschrittliche soziale Auswirkungen: hohe Arbeitslosigkeit, Armut und eine verlorene Zukunft für viele junge Menschen. Nach den jüngsten EU-Statistiken ist jeder vierte EU-Bürger arm und jeder achte der Erwerbsbevölkerung ist ohne Arbeit. Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist besonders besorgniserregend: jeder vierte Jugendliche in der EU ist arbeitslos, in Griechenland, Spanien und Italien gar jeder zweite oder dritte. Die hohe Arbeitslosigkeit und Armut haben die Verhandlungsposition der Arbeiter gegenüber den Arbeitgebern geschwächt – eine Entwicklung, die das Entstehen prekärer Beschäftigungsverhältnisse begünstigt: jeder fünfte Arbeitsvertrag in der EU ist befristet und Kurzarbeit oder unfreiwillige Halbtagsarbeit breiten sich seit Ausbruch der Krise in Europa aus. Die EU hat keine finanziellen Mittel bereitgestellt, um die Folgen von Armut und Jugendarbeitslosigkeit zu mindern. Auch ihre eigenen Institutionen, wie die Generaldirektion für Beschäftigung, Soziales und Integration haben den zunehmend mit einer sozialen Krise kämpfenden Mitgliedsstaaten nicht genug Unterstützung zukommen lassen. Als Sofortmaßnahme sollten die EU-Institutionen eine Einschätzung zu den sozialen Folgen der den Mitgliedsstaaten auferlegten Ausgabenkürzungen veranlassen. Es sollten dann Hilfsmaßnahmen in Schlüsselbereichen aufgelegt werden, etwa in der Gesundheitsversorgung; und es muss den Kindern und jungen Leuten geholfen werden, die die Hauptlast der Arbeitslosigkeit und Armut zu tragen haben. Zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung vor den stark zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnissen sollten die Sozialversicherungsprogramme dringend auf alle Beschäftigten, unabhängig des zugrundeliegenden Arbeitsvertrages, ausgeweitet werden. Des weiteren sollte die EU Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen, um das europäische Arbeitsrecht mit einem sich schnell verändernden Arbeitsmarkt in Einklang zu bringen.

## **6. Industriepolitik**

Auch die Europäische Kommission erkennt mittlerweile an, dass es dringend geboten ist, eine neue Industriepolitik zu verfolgen. Jedoch beschränken sich die Vorschläge auf den enggesteckten Rahmen einer Wettbewerbspolitik, die ausschließlich an der kurzfristigen Marktperformance ausgerichtet ist. Es bedarf einer Alternative, die in der Lage ist, die Ziele einer langfristigen industriellen Leistungsfähigkeit mit einer sozio-ökologischen Umgestaltung zu verbinden. Es gibt sechs wesentliche Punkte, auf die sich die neue Industriepolitik konzentrieren muss: (1) Aufstellung eines europaweiten Investitionsplans für einen sozial-ökologischen Wiederaufbau, um die Nachfrage in Europa zu stärken; (2) Umkehrung des Abbaus industrieller Kapazitäten in Europa; (3) Förderung ökologisch nachhaltiger, wissensintensiver Wirtschaftsaktivitäten, die hohe Fähigkeiten erfordern und in denen hohe Löhne gezahlt werden; (4) Umsteuerung bei den massiven Privatisierungen der letzten Jahrzehnte und Gewährung von umfassender Unterstützung des öffentlichen Sektors für neue Aktivitäten auf EU-, nationaler, regionaler und kommunaler Ebene; (5) Einleitung einer Entwicklung hin zu einer anderen Art von 'Sicherheit', eng verbunden mit Abrüstung, größerem Zusammenhalt und weniger Ungleichheiten innerhalb der EU und den einzelnen Staaten; und (6) Schaffung neuer Politikinstrumente für eine ökologische Umgestaltung Europas. Spezifische Maßnahmen für eine neue Industriepolitik müssten folgende Ziele verfolgen: (a) Schutz der Umwelt und Förderung der erneuerbaren Energien; (b) Förderung und Verbreitung von Wissen, Informations- und Kommunikationstechnologien und Web-basierten Aktivitäten; (c) Gewährleistung von Gesundheit, Wohlfahrt und Pflegetätigkeiten; (d) Unterstützung der Initiativen für gesellschaftlich und ökologisch nachhaltige Themen wie Nahrungsmittel, Mobilität, Bauen, Energie, Wasser und Müll.

## **7. Die EU-US transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft**

Die vielen Initiativen der EU zu bilateralen Handelsvereinbarungen wurden Anfang 2013 durch die Ankündigung übertroffen, dass die EU und die USA Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen, die sogenannte Transatlantische Handels und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)) aufnehmen werden. Das Abkommen sieht nicht nur den Abbau von Zöllen zwischen den größten Handelsblöcken der Welt vor, sondern zielt vorrangig auf umfassende Regulierungssysteme ab, vor dem Hintergrund, Standards und Auflagen abzubauen bzw. zu harmonisieren, z.B. in folgenden Bereichen: Landwirtschaft, Lebensmittelsicherheit, Produkt- und technische Normen, branchenspezifische Regularien im Dienstleistungssektor, Schutz des geistigen Eigentums und öffentliche Auftragsvergabe. Des Weiteren werden die Liberalisierung und der Schutz von Investitionen eine zentrale Rolle spielen. Die Europäische Kommission hat Studien in Auftrag gegeben, die zeigen sollen, dass das Abkommen in der EU Wachstum fördert und Arbeitsplätze schafft. Doch sind die Argumente für die TTIP aus wirtschaftlicher Hinsicht nicht beeindruckend. Die Einkommenszuwächse werden auf weniger als 1% des BIP der EU geschätzt und sie werden sich erst nach einer Übergangszeit von 10 Jahren einstellen. Die Argumente steigende Arbeitslosigkeit und Anpassungskosten im Rahmen der Handelsliberalisierung werden herunter gespielt oder missachtet. Die vorgesehene Deregulierung bedroht den Gesundheits-, Arbeits- und Verbraucherschutz. Das vorgeschlagene Verfahren für die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat (das sogenannte investor-to-state dispute settlement) privilegiert Investoren gegenüber der öffentlich politischen Autonomie. Die TTIP ist nichts geringer als ein frontaler Angriff auf den demokratischen Entscheidungsprozess in der EU. Eine umfassende Überarbeitung der vorgeschlagenen Verhandlungsagenda ist dringend notwendig. Es ist zurzeit sehr zweifelhaft, ob das Handelsabkommen den EU-Bürgern überhaupt einen wirtschaftlichen Nettogewinn und einen sozialen Nutzen bringen wird. Eine umfassende Folgeneinschätzung mit detaillierten Studien zu den entscheidenden Themen und umfassende Transparenz bei den Verhandlungsfortschritten sind wichtige erste Schritte hin zu einer demokratischen Auseinandersetzung mit dem TTIP.